

Bundesverfassungsgerichtes führt direkt zu der Forderung, nach einer Bundestagswahl jene Sitzverteilung als Wahlergebnis zu wählen, die das oben aufgeführte Maß  $f_3(m)$  minimiert.

Zur praktischen Lösung dieses Problems gibt es augenblicklich keine einfache Berechnungsformel, um das Wahlergebnis zu bestimmen; aber mathematische Methoden der (diskreten) Optimierung stehen bereit, um diese Sitzverteilung zu berechnen. Entscheidend ist dabei aber nicht die Art und Weise der mathematischen Berechnungsweise, sondern die Erfüllung der Vorgaben des Gerichtes.

Vergleicht man die Werte in den Tabellen 1, 2 und 6, dann sieht man, dass ein Berechnungsverfahren, das ausschließlich auf der Forderung beruht  $f_3(m)$  zu minimieren, Ergebnisse liefert, die von denen der bisher gängigen Berechnungsverfahren abweichen können, das heißt die gängigen Berechnungsmethoden erfüllen nicht die Forderungen der Karlsruher Richter.

Zu hinterfragen ist also, ob bei der Bestimmung des Wahlergebnisses nach Bundestagswahlen zu dem Verfahren „Minimierung der maximalen Erfolgswertdifferenzen“ gewechselt oder die Forderung des Bundesverfassungsgerichtes überdacht werden müsste.

Interessant scheinen – obwohl nicht unmittelbar zum Thema gehörend – die Überlegungen, auf welche Weise die Sitzverteilungen in Parlamentsausschüssen berechnet werden. Hier wird auf gängige Berechnungsmethoden zurückgegriffen, ohne deren Entstehungsgeschichte zu berücksichtigen. Ähnlich wie die Erfolgswertgleichheit bei der Wahl zum Parlament müssten wohl auch hier Anforderungen an das Berechnungsverfahren festgelegt und anschließend ein passendes Verfahren ausgewählt oder gegebenenfalls neu entwickelt werden.

## Alle gleich? Analyse der programmatischen Parteienunterschiede bei Bundestagswahlen auf der Basis des Wahl-O-Mats

*Uwe Wagschal und Pascal König*

Als der Entertainer *Stefan Raab* am Abend des TV-Duells von *Angela Merkel* und *Peer Steinbrück* (1. September 2013) die Kanzlerin fragte, ob sie nach dem Ausfüllen des Wahl-O-Mats vielleicht SPD wählen würde, unterstellte er damit eine weitgehende inhaltliche Übereinstimmung und Annäherung von CDU/CSU und SPD. Dieser Vorwurf geistert seit Jahrzehnten durch die politikwissenschaftliche Literatur, mit zuerst formuliert von *Otto Kirchheimer* 1965, der die Volksparteien als kaum mehr unterscheidbare „Allerweltparteien“ bezeichnete.<sup>1</sup> In der neueren Zeit wird die parteiliche Alternativlosigkeit vermehrt im Zusammenhang mit dem Begriff der „Postdemokratie“ diskutiert.<sup>2</sup> In den entsprechenden

1 *Otto Kirchheimer*, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: PVS, 6. Jg. (1965), H. 1, S. 20 – 41. So schreibt *Kirchheimer*: „Sie gibt die Versuche auf, sich die Massen geistig und moralisch einzugliedern, und lenkt ihr Augenmerk in stärkerem Maße auf die Wählerschaft“ (S. 27).

2 Siehe zum Beispiel *Colin Crouch*, Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008; *Bettina Westle*, „Postdemokratien?“ – Zur Wahrnehmung der Parteien auf der ideologischen Links-Rechts-Skala:

Szenarien gilt die vermeintliche Tendenz zur Nichtunterscheidbarkeit von Parteien als ein wesentlicher Faktor, der zu Demokratieunzufriedenheit und Desillusionierung sowie in der Folge zu Wahlabstinz beigetragen hat. *Richard Katz* und *Peter Mair* gehen in ihrer Darstellung der Entwicklung der Parteientypologie ebenfalls von einer programmatischen Annäherung aus und betrachten die Kartellparteien nur noch als Maximierer von Staatsressourcen, die zudem inhaltlich sehr ähnlich sind.<sup>3</sup> *Klaus von Beyme*s Konzept der professionalisierten Wählerpartei ist zwar eng an *Katz* und *Mair* angelehnt, insbesondere im Hinblick auf die programmatische Annäherung, jedoch weit weniger negativ, was den „Staatsausbeutungsaspekt“ anbelangt.<sup>4</sup> Und nicht zuletzt prognostizieren räumliche Wettbewerbsmodelle des Rational-Choice-Ansatzes eine Tendenz der Parteien hin zur Mitte.<sup>5</sup>

Doch stimmt diese These der Nivellierung parteilicher Unterschiede überhaupt? Und welche Parteien sind sich besonders ähnlich? Letzteres ist insbesondere für die Überprüfung von Koalitionstheorien von Belang, die auf räumlichen Politikmodellen basieren. Die Unterschiedlichkeit der Parteien beziehungsweise der Grad der Polarisierung für ein gesamtes Parteiensystem lässt sich auf verschiedene Weise ermitteln.<sup>6</sup> Die ersten Ansätze waren davon geprägt, die Stellung der Parteien auf einer Links-Rechts-Skala zu ermitteln.<sup>7</sup> Dabei gibt es mehrere Möglichkeiten, Daten für einen Polarisierungsindex zu generieren, etwa indem auf Expertenbefragungen zurückgegriffen wird.<sup>8</sup> Auch Wählerbefragungen können herangezogen werden, wobei die Wähler die Position der einzelnen Parteien auf der Links-Rechts-Dimension bestimmen.<sup>9</sup> Des Weiteren können aus dem Abstimmungsverhalten („roll calls“) von Abgeordneten deren Positionen und daraus wiederum Parteipositionen errechnet<sup>10</sup> oder Inhaltsanalysen („content analysis“) von Parteiprogrammen durchgeführt werden. Hierbei kommen zum einen quantitative Verfahren wie Wordscore oder Wordfish zum Einsatz, die die Wörter im Text als Datenpunkte begreifen, aus denen sich Positionen von Programmen berechnen lassen (Wordscore benötigt hierfür jedoch Referenztexte mit

Großbritannien, Frankreich und Deutschland, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 6. Jg. (2012), H. 2, S. 255 – 301.

- 3 Vgl. *Richard S. Katz / Peter Mair*, Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics, 1. Jg. (1995), H. 1, S. 5 – 28.
- 4 Vgl. *Klaus von Beyme*, Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000.
- 5 Vgl. *Harold Hotelling*, Stability in Competition, in: The Economic Journal, 39. Jg. (1929), H. 153, S. 41 – 57; *Anthony Downs*, An Economic Theory of Democracy, New York 1957.
- 6 Für einen Überblick siehe *Marc Debus*, Analysing Party Politics in Germany with New Approaches for Estimating Policy Preferences of Political Actors, in: German Politics, 18. Jg. (2009), H. 3, S. 281 – 300.
- 7 Vgl. *Michael Taylor / V. M. Herman*, Party Systems and Government Stability, in: The American Political Science Review, 65. Jg. (1971), H. 1, S. 28 – 37; *Lee Sigelman / Syng Nam Yough*, Left-Right Polarization in National Party Systems: A Cross-National Analysis, in: Comparative Political Studies, 11. Jg. (1978), H. 3, S. 355 – 379.
- 8 Vgl. *Francis G. Castles / Peter Mair*, Left-Right Political Scales: Some „Expert“ Judgements, in: European Journal of Political Research, 12. Jg. (1984), H. 1, S. 73 – 88; *Michael Laver / W. Ben Hunt*, Policy and Party Competition, New York 1992.
- 9 Daten bei *Jan-Erik Lane / Svante O. Ersson*, Politics and Society in Western Europe, London 1991; *Herbert Kitschelt*, The Transformation of European Social Democracy, Cambridge 1994.
- 10 Vgl. *Keith T. Poole / Howard Rosenthal*, A Spatial Model for Legislative Roll Call Analysis, in: American Journal of Political Science, 29. Jg. (1985), H. 2, S. 357 – 384.

Referenzpositionen der Parteien). Darüber hinaus existieren manuelle, qualitative Auswertungsmethoden, wie sie bei dem „Comparative Manifesto Project“<sup>11</sup> zur Anwendung kommen. Mit ihnen lassen sich zwar Zeitreihenanalysen durchführen, sie sind aber mit größeren methodischen Problemen behaftet als die vorgenannten Ansätze.

Der folgende Beitrag bedient sich einer weiteren, ebenfalls inhaltsanalytisch basierten Methode: der Auswertung des von der Bundeszentrale für politische Bildung bereitgestellten „Wahl-O-Mat“, der Prüffragen an die jeweiligen Parteiprogramme stellt. Längst hat der Wahl-O-Mat – von *Stefan Marschall* als obligatorischer Bestandteil der Vorwahlöffentlichkeit bezeichnet<sup>12</sup> – einen Platz im deutschen Begriffsschatz erlangt und sich als politisches Informationsmittel etabliert. Solche Angebote, allerdings mit unterschiedlichen Ausgestaltungen, sind mittlerweile in einer Reihe von Ländern erprobt. Trotz ihrer Spezifika ist ihnen jedoch gemein, dass es sich dabei um sogenannte Voting Aid Applications (VAA) handelt, die bei ihren Nutzern Einstellungen zu bestimmten politischen Themen abfragen und diese mit Parteipositionen abgleichen. Solche Anwendungen geben zunehmend ein eigenständiges Forschungsfeld ab<sup>13</sup>, denn sie befinden sich an einer Schnittstelle von Bereichen, die entweder eine zentrale Stellung in der Politikwissenschaft einnehmen und/oder einen hohen Aktualitätswert aufweisen. Im Wahl-O-Mat fließen Aspekte der Bürgerinformation, der Mobilisierung zur Partizipation, der politischen Online-Medien und nicht zuletzt der Positionierung von Parteien zusammen.<sup>14</sup>

Der zuletzt genannte Aspekt ist zum einen natürlich von unmittelbarer Bedeutung für diejenigen, die den Wahl-O-Mat nutzen, um die Übereinstimmung ihrer eigenen Position mit denen diverser Parteien zu überprüfen. Darüber hinaus können mit Hilfe des Wahl-O-Mats aber auch Informationen über Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen sämtlichen deutschen Parteien gewonnen werden. Dabei ist es dem Nutzer möglich, einzelne Themenbereiche besonders zu gewichten. Dies ist auch für den Vergleich der Parteien und ihrer Programmatik relevant, kann aber durch die Wahl-O-Mat-Daten nicht geleistet werden, da die Gewichtung einzelner Fragen besonderer inhaltlicher Begründung bedürfte. Insofern gehen alle Fragen gleichgewichtig in die Analyse ein. Die Extraktion der Parteipositionen aus der Datenbasis, die dem Wahl-O-Mat zugrunde liegt, ist das Ziel der nachfolgenden Analyse, wobei ein Schwerpunkt auf den aktuellsten Daten zur Bundestagswahl im Jahr 2013 liegt. Auf der Basis jener Informationen soll eine Beschreibung des deutschen Parteiensystems und etwaiger Affinitäten unter den Parteien gegeben und außerdem der Frage nachgegangen werden, inwieweit die beiden Volksparteien Union und SPD einander nahe oder fern stehen.

11 Vgl. *Ian Budge / Hans-Dieter Klingemann / Andrea Volkens / Judith Bara / Eric Tanenbaum*, Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors and Governments 1945-1998, Oxford 2001.

12 Vgl. *Stefan Marschall*, Wahlen, Wähler, Wahl-O-Mat, in: APuZ, 61. Jg. (2011), H. 4, S. 40 – 46, S. 41.

13 Vgl. *Lorella Cedroni / Diego Garzia*, Voting Advice Applications in Europe. The State of The Art, Neapel 2010; *Diego Garzia / Stefan Marschall*, Voting Advice Applications Under Review: The State of Research, in: International Journal of Electronic Governance, 5. Jg. (2012), H. 3/4, S. 203 – 222.

14 Siehe auch *Stefan Marschall*, Idee und Wirkung des Wahl-O-Mat, in: APuZ, 55. Jg. (2005), H. 51/52, S. 41 – 46, S. 41.

## 1. Ähnlichkeiten der Parteien auf Basis des Wahl-O-Mats

### 1.1. Die Konstruktion des Wahl-O-Mats

In Deutschland konnten die Bürger per Internet den Wahl-O-Mat erstmals zur Bundestagswahl 2002 nutzen. Die Anwendung war als ein leicht zugängliches, einfaches und auch spielerisch zu bedienendes Informationsmedium dazu gedacht, politisches Interesse zu wecken, Partizipation zu steigern und dabei insbesondere jüngere Personen anzusprechen.<sup>15</sup>

Die empirischen Befunde deuten darauf hin, dass der Wahl-O-Mat in diese Richtung wirkt. So wird er von vielen Nutzern als nützliche Informationsquelle wahrgenommen.<sup>16</sup> Die meisten Teilnehmer am Wahl-O-Mat bewerten ihr Ergebnis (in Form der Nähe zu den Parteien) als zutreffend, sehen sich also korrekt verortet.<sup>17</sup> Für viele Nutzer dürften Voting Aid Applications eine unterstützende Funktion erfüllen, indem sie besser informierte Entscheidungen erlauben und teils gar das politische Interesse steigern.<sup>18</sup> Darüber hinaus hat der Wahl-O-Mat Aussagen von Befragten zufolge einen Einfluss auf ihre Wahlentscheidung; ob dieser Einfluss objektiv gesehen besteht, ist bisher jedoch kaum ergründet.<sup>19</sup> Immerhin scheint der Wahl-O-Mat einen Beitrag zur Steigerung der Wahlbeteiligung zu leisten.<sup>20</sup> Gemäß Daten der German Longitudinal Election Study geschieht dies allerdings in erster Linie durch die Mobilisierung bereits entschlossener Wähler oder Stammwähler.<sup>21</sup> Ähnliche Ergebnisse häufen sich ebenso für andere, dem Wahl-O-Mat verwandte Instrumente.<sup>22</sup>

15 Vgl. ebenda; *ders.*, a.a.O. (Fn. 12); *ders.*, Nutzer und Nutzen – Der Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2009, in: *Eva Johanna Schweitzer / Steffen Albrecht* (Hrsg.), *Das Internet im Wahlkampf*, Wiesbaden 2011, S. 136 – 153.

16 Vgl. *Stefan Marschall*, a.a.O. (Fn. 12), S. 44 – 46; *ders.*, Nutzer und Nutzen – Der Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2009, a.a.O. (Fn. 15), S. 149 – 150; *ders.*, a.a.O. (Fn. 14), S. 45; *Martin Schultze*, Effekte des Wahl-O-Mat auf politisches Wissen über Parteipositionen, in: *ZPol*, 22. Jg. (2012), H. 3, S. 367 – 391, S. 382.

17 Vgl. *Konrad Fischer / Jan Eric Blumenstiel*, Wie der Wahl-O-Mat die Wahl beeinflusst, in: *Wirtschaftswoche* vom 9. September 2013, <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/wahlsager/wahlsager-wie-der-wahl-o-mat-die-wahl-beeinflusst/8760730.html> (Abruf am 4. September 2014).

18 Vgl. *Stefan Marschall*, a.a.O. (Fn. 12), S. 44.

19 Vgl. ebenda, S. 45; *ders.*, Nutzer und Nutzen, a.a.O. (Fn. 15), S. 150; *ders.*, a.a.O. (Fn. 14), S. 45.

20 Vgl. *ders.*, Nutzer und Nutzen, a.a.O. (Fn. 15), S. 44 f.; *ders. / Martin Schultze*, Normalisierung oder Mobilisierung? – Die Auswirkungen politischer Online-Kommunikation auf die Wahlbeteiligung am Beispiel einer Internet-Applikation zur Bundestagswahl 2009, in: *PVS*, 53. Jg. (2012), H. 3, S. 444 – 466.

21 Vgl. *Konrad Fischer / Jan Eric Blumenstiel*, a.a.O. (Fn. 17).

22 Vgl. *Andreas Ladner / Gabriela Felder / Jan Fivaz*, More than Toys? A First Assessment of Voting Advice Applications in Switzerland, in: *Lorella Cedroni / Garzia Diego* (Hrsg.), *Voting Advice Applications in Europe. The State of The Art*, Neapel 2010, S. 91 – 123; *Andreas Ladner / Jan Fivaz / Joëlle Pianzola*, Voting Advice Applications and Party Choice: Evidence From Smartvote Users in Switzerland, in: *International Journal of Electronic Governance*, 5. Jg. (2012), H. 3/4, S. 367; *Outi Ruusuvirta / Martin Rosema*, Do Online Vote Selectors Influence Electoral Participation and the Direction of the Vote, Arbeitspapier, ECPR General Conference vom 10. bis 12. September 2009 Potsdam, [http://www.utwente.nl/mb/pa/staff/rosema/publications/working\\_papers/paper\\_ruusuvirta\\_and\\_rosema\\_ec.pdf](http://www.utwente.nl/mb/pa/staff/rosema/publications/working_papers/paper_ruusuvirta_and_rosema_ec.pdf) (Abruf am 4. September 2014); *Jan Kleinnijenhuis / Anita van Hoof*, The Influence of Internet Consultants, Arbeitspapier, International Communica-

Bedeutsam sind die angeführten Befunde nicht zuletzt vor dem Hintergrund der gewachsenen gesellschaftlichen Tragweite des Wahl-O-Mats. Darüber geben die Nutzerzahlen bei Bundestagswahlen Auskunft. Nahmen 2002 bereits 3,6 Millionen Personen das Angebot in Anspruch, wuchs deren Zahl 2005 auf 5,1 Millionen und auf 6,7 Millionen zur Bundestagswahl im Jahr 2009.<sup>23</sup> Mit 13,27 Millionen Nutzer erlebte die Bundestagswahl 2013 den absolut und relativ größten Anstieg der Nutzerzahl.<sup>24</sup>

Die Anwendung selbst hat ebenfalls über die Zeit Erweiterungen erfahren. Bis 2008 waren lediglich die im Parlament vertretenen sowie weitere chancenreiche Parteien enthalten. Seitdem sind alle zur Wahl mit einer Landesliste zugelassenen Parteien berücksichtigt (2013: 28 Parteien). Um diese differenzierter abbilden zu können, wurde 2009 auch die Anzahl der Sachfragen, zu denen sich die Nutzer positionieren und für die die Parteipositionen erfragt werden, von 30 auf 38 erhöht.<sup>25</sup> Sie wurden in Form von Thesen jeweils von einer Redaktion (zusammengesetzt aus jungen Erwachsenen, Mitarbeitern der Bundeszentrale für Politische Bildung sowie einer Reihe von Politikwissenschaftlern) ausgewählt und formuliert. Eine Liste mit mehr als 60 (zur Bundestagswahl 2013 über 80) Thesen wurde schließlich den Parteien zur Stellungnahme zugesandt mit der Bitte, diese entsprechend der Parteihaltung („stimme zu“, „stimme nicht zu“ oder „neutral“) zu bewerten. Schließlich identifizierte und entfernte die Redaktion diejenigen, die keine ausreichende Differenzierung der Parteien zuließen.<sup>26</sup> Übrig blieben 30 bis 40 Thesen aus unterschiedlichen im jeweiligen Wahlkampf wichtigen Politikfeldern, mit denen der Wahl-O-Mat die Nutzer konfrontiert.

Mit diesem Katalog kann die Ähnlichkeit der Einstellungen des Nutzers zu den Parteien im Einzelnen abgeglichen und über alle Thesen hinweg insgesamt ermittelt werden. Mit den Daten, die dem Wahl-O-Mat über die Positionierung der Parteien zu den politischen Sachfragen zugrunde liegen, lassen sich darüber hinaus die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien identifizieren. Obwohl zu jeder Sachfrage nur drei Ausprägungen vorliegen, ist es dennoch möglich, über die Gesamtheit der Items ein differenziertes Beziehungsgefüge von (Un-)Ähnlichkeiten aufzuzeigen. Für die Bundestagswahl 2013 sowie zum Vergleich für die beiden vorangegangenen Wahlen werden diese Ähnlichkeiten im Folgenden dargestellt. Bevor strukturidentifizierende statistische Verfahren zum Einsatz kommen, werden zunächst die Ähnlichkeiten der Parteien untereinander über paarweise Vergleiche beschrieben. Grundlage für die Bestimmung der Ähnlichkeiten zur Bundestagswahl 2013 bilden die 38 Fragen des Wahl-O-Mat, zu denen sich alle Parteien auf der folgenden Skala positioniert haben: zustimmend, neutral oder ablehnend. Weist man diesen

tion Association Annual Meeting vom 22. bis 26. Mai 2008 Montreal; *Kristjan Vassil*, The Impact of Voting Advice Applications on Political Behavior, Florenz 2012; *Jan Fivaz / Giorgio Nadig*, Impact of Voting Advice Applications (VAAs) on Voter Turnout and Their Potential Use for Civic Education, in: *Policy & Internet*, 2. Jg. (2010), H. 4, S. 162 – 195; *Andreas Ladner / Jan Fivaz / Giorgio Nadig*, Voting Assistance Applications as Tools to Increase Political Participation and Improve Civic Education, in: *Murray Print / Henry Milner* (Hrsg.), Civic Education and Youth Political Participation, Rotterdam 2009, S. 43 – 60; *M. Wall / A. Krouwel / T. Vitiello*, Do Voters Follow the Recommendations of Voter Advice Application Websites? A Study of the Effects of kieskompas.nl on its Users' Vote Choices in the 2010 Dutch Legislative Elections, in: *Party Politics*, 20. Jg. (2014), H. 3, S. 416 – 428.

23 Vgl. *Stefan Marschall*, Nutzer und Nutzen, a.a.O. (Fn. 15), S. 139.

24 Information von *Gereon Schloßmacher* von der Bundeszentrale für Politische Bildung.

25 Vgl. *Stefan Marschall*, a.a.O. (Fn. 12).

26 Vgl. *ders.*, Nutzer und Nutzen, a.a.O. (Fn. 15).

drei Antwortmöglichkeiten die Werte 2, 1 und 0 zu, würde die maximale Differenz 76 betragen, wenn sich zwei Parteien also völlig gegensätzlich bei allen 38 Fragen positioniert hätten. Untersucht wurden die fünf bis zur Wahl 2013 im Bundestag vertretenen Parteien sowie die AfD und die Piratenpartei. Daraus ergeben sich bei sieben Parteien 21 mögliche Paarvergleiche und entsprechend 21 berechnete Differenzen.

## 1.2. Deskriptive Befunde

Die größte Ähnlichkeit besteht zwischen den Grünen und der Linken mit einer absoluten Differenz von neun Punkten (zwölf Prozent der maximalen Differenz). Das überrascht auf den ersten Blick, lässt sich aber womöglich damit erklären, dass Ehemalige aus kommunistischen Splittergruppen nun Spitzenpositionen bei den Grünen besetzen und die „politisch-ideologische Software“ somit ähnlich ist. Die zweitgrößte Ähnlichkeit zeigt sich zwischen den Grünen und den Piraten. Hierin liegt auch eine mögliche Erklärung für die Schwäche der Grünen in den Umfragen und dem Abschneiden bei der Wahl (jenseits der Schwäche der Spitzenkandidaten, politischer Skandale im Wahlkampf und falschen Themensetzungen), denn im Hinblick auf den NSA-Skandal<sup>27</sup> wird bei den Piraten wohl eine höhere Kompetenz vermutet. An dritter Stelle liegt fast gleichauf die Ähnlichkeit zwischen der Linken und den Piraten (vgl. Tab. 1).

Die starke Übereinstimmung zwischen Union und AfD (Rang vier bei den Ähnlichkeiten) ist ein Hinweis darauf, dass die AfD der CDU gefährlich werden kann, indem eigentliche Unionswähler ins Lager der Euro-Skeptiker umschwenken. Die Ähnlichkeit zeigt aber auch, dass eine mögliche Koalition zwischen beiden Parteien inhaltlich wohl im Großen und Ganzen kein Problem darstellen dürfte – zumindest nicht in den Bundesländern, wo das Europathema nicht so bedeutend ist wie auf Bundesebene. Hier tritt das Problem der Gewichtung zu Tage: Die CDU begründet ihre Weigerung, mit der AfD zu koalieren, mit dem Europathema. Diese Segmentierung und der damit verbundene generelle Ausschluss der AfD als möglichen Koalitionspartner liegt an der hohen Gewichtung der Fragen zu Europa auf beiden Seiten. Die hohe Gewichtung eines für eine Partei zentralen Themas kann dazu führen, dass eine Koalition unrealistisch wird, die bei einer Gleichgewichtung aller Punkte noch plausibel erscheint.

Erstaunlich ist zudem, dass die klassischen Koalitionsoptionen größere Unterschiede aufweisen als die bisher genannten Parteienkombinationen. So folgt Rot-Grün auf Platz fünf und Schwarz-Gelb auf Platz sieben (Differenz 20 und 23 Punkte beziehungsweise 26 und 29 Prozent der maximalen Differenz).

Die Differenz zwischen CDU/CSU und SPD liegt mit 35 Punkten im Mittelfeld (Platz zehn von 21). Die beiden großen Volksparteien sind somit programmatisch deutlich zu unterscheiden. Die größten Unterschiede sind zwischen CDU/CSU und der Linken zu beobachten, was korrekt die bundesdeutsche Links-Rechts-Arithmetik widerspiegelt. Be-

<sup>27</sup> Unter NSA-Skandal werden die Enthüllungen des US-amerikanischen Geheimdienstmitarbeiters *Edward Snowden* vom Juni 2013 über die massenhafte, verdachtsunabhängige und weltweite Überwachung der Kommunikation von Bürgern und Politikern durch US-amerikanische und europäische Geheimdienste sowie die damit einhergehenden öffentlichen und politischen Auseinandersetzungen verstanden.

Tabelle 1: Prozentuale Differenzen zwischen den Parteien (mit Piraten ab 2009 und AfD ab 2013)						
	2013		2009		2005	
Platz	Parteien	Prozent-Differenz	Parteien	Prozent-Differenz	Parteien	Prozent-Differenz
Die Top-5 mit den niedrigsten Differenzen = größte Ähnlichkeiten						
1	Grüne – Linke	12	Grüne – Linke	16	Grüne – Linke	22
2	Grüne – Piraten	14	SPD – Grüne	24	SPD – Linke	35
3	Linke – Piraten	16	Grüne – Piraten	26	SPD – Grüne	37
4	CDU/CSU – AfD	24	SPD – Linke	29	SPD – FDP	47
5	SPD – Grüne	26	FDP – Piraten	30	CDU/CSU – FDP	50
(10)	CDU/CSU – SPD	46				
Die Top-5 mit den größten Differenzen = geringste Ähnlichkeiten						
5	Grüne – AfD	57	CDU/CSU – SPD	53	Grüne – FDP	50
4	AfD – Piraten	58	CDU/CSU – Piraten	58	Linke – FDP	58
3	CDU/CSU – Grüne	62	Linke – FDP	59	CDU/CSU – SPD	60
2	Linke – AfD	68	CDU/CSU – Grüne	68	CDU/CSU – Grüne	70
1	CDU/CSU – Linke	74	CDU/CSU – Linke	79	CDU/CSU – Linke	82
Anmerkung: 2013 und 2009: 100 Prozent $\triangleq$ 76 Punkte Differenz; 2005: 100 Prozent $\triangleq$ 60 Punkte Differenz. 2013: 21, 2009: 15, 2005: 10 Differenzen zwischen den Parteien möglich. Quelle: Eigene Berechnung.						

reits diese deskriptive Darstellung zeigt, dass sich die Parteien im linken Parteienspektrum untereinander ähnlich sind und die Parteien im bürgerlichen, eher rechten Spektrum sich ebenfalls programmatisch näherstehen. So weist die SPD bereits in den letzten drei Wahl-O-Mat-Abfragen immer eine höhere Übereinstimmung mit allen anderen Links-Parteien auf als mit einer der bürgerlichen Parteien.

Die Ergebnisse bestätigen im Großen und Ganzen die Struktur des deutschen Parteiensystems mit zwei Blöcken beziehungsweise einer klaren Links-Rechts-Struktur<sup>28</sup> und räumen auf mit dem öffentlichen Vorwurf einer sehr großen Ähnlichkeit zwischen den beiden Volksparteien (Stichwort „Sozialdemokratisierung der CDU“) oder gar der Gesamtheit aller Parteien. Dass deutliche Unterschiede zwischen den Parteien bestehen und sichtbar sind, zeigt auch die Analyse von *Pola Lehmann* u.a. anhand von Manifesto-Daten zur Bundestagswahl 2013.<sup>29</sup> So dominiert den Autoren zufolge bei der Union die Technologie- und Infrastrukturpolitik, bei der SPD der Ausbau des Wohlfahrtsstaates und die Marktregulierung, bei den Linken das Thema Soziale Gerechtigkeit, bei den Grünen Umweltschutz und bei der FDP Freiheit und Menschenrechte – die traditionellen „Markenkerne“ der Parteien sind also weiterhin erkennbar.

28 Vgl. *Norberto Bobbio*, Rechts und Links: Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994.

29 Vgl. *Pola Lehmann / Nicolas Merz / Sven Regel / Annika Werner*, Und sie unterscheiden sich doch! Eine Analyse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl, WZB, 16. September 2013, <http://democracy.blog.wzb.eu/2013/09/16> (Abruf am 4. September 2014).

Wie Tabelle 1 verdeutlicht, legen die Wahl-O-Mat-Daten ebenso eine gewisse Konstanz in den Positionsunterschieden zwischen den Parteien nahe. Durchgängig besteht zwischen den Grünen und der Linken die höchste Ähnlichkeit, während zwischen CDU/CSU und Linke die größte Differenz erkennbar ist. Starke Unterschiede sind zwischen Union und Grünen messbar. Ihre rechnerisch mögliche Koalition nach der Bundestagswahl wäre wohl von Anfang an mit starken inhaltlichen Konflikten verbunden gewesen. Die bisherigen Koalitionen zwischen CDU und Grünen in Hamburg sowie im Saarland (hier noch mit der FDP) waren – erwartungsgemäß – nicht sonderlich stabil.

Insgesamt zeigt bereits der in Tabelle 1 dargestellte Teil der Gesamtinformationen in den Daten eine durchgehend aus der Linken, den Grünen und der SPD bestehende Gruppierung, die stabil zumindest der Union gegenübersteht. Fiel die FDP noch zur Wahl im Jahr 2005 durch große Nähe zur Union auf, ist diese Relation bei den anderen beiden Wahlterminen nicht mehr unter den fünf größten Ähnlichkeiten zu finden. Dafür scheinen die Liberalen bei der Bundestagswahl 2009 den Daten zufolge den Piraten nahe gestanden zu haben. Bemerkenswert bei der vergleichenden Betrachtung der größten Ähnlichkeiten von 2013 und 2009 ist auch die Verschiebung der Piraten, die sich relativ gesehen von der FDP weg und weiter in Richtung Grüne und Linke bewegt haben.

## 2. Überprüfung der Ähnlichkeitsstruktur in den Wahl-O-Mat-Daten

Die Beschreibung der Wahl-O-Mat-Daten ergibt insgesamt eine Struktur von Parteipositionen, die den bekannten Lagern des deutschen Parteiensystems mindestens grob entspricht. Es bleibt allerdings zu prüfen, wie deutlich sich diese Gruppierungen im Gesamtgefüge aller Ähnlichkeiten der Parteien zueinander herauschälen lassen. Dies geschieht nachfolgend mittels einer hierarchischen Clusteranalyse. Dieses statistische Verfahren dient dazu, Strukturen in Daten aufzudecken, indem Objekte derart in Gruppen eingeteilt werden, dass diese Gruppen in sich möglichst homogen, nach außen zu anderen Gruppen aber möglichst unterschiedlich sind. Dafür werden die Informationen über identische oder unterschiedliche Merkmalsausprägungen herangezogen und die Objekte gemäß ihren Ähnlichkeiten schrittweise gruppiert (fusioniert).<sup>30</sup>

Bei den Wahl-O-Mat-Daten geschieht dies mittels der Stellungnahmen der Parteien zu den Thesen und der sich daraus ergebenden Ähnlichkeiten. Für die Berechnung der Ähnlichkeiten und die Gruppenbildung müssen ein geeignetes Distanzmaß beziehungsweise Ähnlichkeitsmaß sowie ein Fusionierungsalgorithmus zur schrittweisen Verschmelzung der Objekte (hier: Parteien) festgelegt werden.<sup>31</sup> Was als „Abstand“ zwischen Objekten gilt, kann unterschiedlich verstanden werden. So existieren unterschiedliche Maße für die Distanz/Ähnlichkeit zwischen Objekten gemessen an deren Merkmalsausprägungen. Eine einfache Variante besteht darin, die einzelnen Unterschiede zwischen zwei Objekten bezogen

30 Vgl. *Brian Everitt*, *Cluster Analysis*, Bd. 11, New York 1981 (Reviews of Current Research / Social Science Research Council); *Uwe Wagschal*, *Statistik für Politikwissenschaftler*, München 1999; *Johann Bacher / Andreas Pöge / Knut Wenzig*, *Clusteranalyse: anwendungsorientierte Einführung in Klassifikationsverfahren*, München 2010.

31 Vor der Anwendung einer Clusteranalyse müssen die Originaldaten eine einheitliche Skala aufweisen, das heißt standardisiert werden. Da die Wahl-O-Mat-Thesen allesamt drei Ausprägungen haben, kann dieser Schritt der Datentransformation entfallen, eine einheitliche Skala liegt bereits vor.

Tabelle 2: Gruppierung der Parteien auf der Basis der Wahl-O-Mat-Daten

	Clusterzuordnung 2013		Clusterzuordnung 2009	
	Complete-Linkage	Ward-Verfahren	Complete-Linkage	Ward-Verfahren
Die Linke	A	A	A	A
Bündnis 90/Die Grünen	A	A	A	A
Piraten	A	A	B	B
SPD	A	A	A	A
CDU/CSU	B	B	C	C
FDP	B	B	B	B
AFD	B	B		

Anmerkungen: Die verwendete Metrik ist die City-Block-Metrik. Für die euklidische Distanz fallen die Ergebnisse identisch aus; ebenso für das Average-Linkage-Verfahren.  
Quelle: Eigene Zuordnung.

auf alle berücksichtigten Merkmale als absolute Differenzen zu berechnen und diese zu addieren (City-Block-Metrik). Daneben bestehen weitere Möglichkeiten der Abstandsberechnung wie die euklidische Distanz („über Luftlinie“), bei der die Einzelunterschiede über alle  $n$  Variablen jeweils quadriert und dann addiert werden, bevor darüber die  $n$ -te Wurzel gezogen wird. Der Fusionierungsalgorithmus bezieht sich auf das Verfahren und die Kriterien, die die Verschmelzungsschritte bestimmen. Nach der ersten Zusammenfassung zweier Objekte zu einer Gruppe gibt es für diese Gruppe mehrere Möglichkeiten, ihre Nähe zu anderen Objekten (Einzelobjekte oder nach weiteren Schritten andere entstandene Gruppen) zu ermitteln, da in einer Gruppe mehrere Objekte enthalten sind. Es steht nicht a priori fest, welches der Objekte in einer Gruppe für die Bestimmung der Ähnlichkeit dieser gesamten Gruppe zu anderen Objekten heranzuziehen ist oder ob hierzu etwa vorher aus den Gruppenobjekten eine einzige Gruppenposition gemittelt werden soll.

Je nach Vorgehensweise können die Ergebnisse aus der Clusteranalyse variieren, wobei ein gewisser Spielraum bei der Wahl von Distanzmaß wie auch Fusionsalgorithmus besteht. Um angesichts dessen die Robustheit der Ergebnisse festzustellen, werden im Folgenden mehrere Berechnungen durchgeführt, die sich gebräuchlicher (hierarchisch-agglomerativer) Verfahren wie dem Complete-Linkage- oder dem Ward-Verfahren bedienen. Dabei wird die City-Block-Metrik verwendet (zusätzliche Kontrollrechnungen wurden mit der euklidischen Distanz durchgeführt, sie werden aber nicht eigens präsentiert).

Das Cluster-Verfahren liefert selbst noch keine Antwort darauf, wie viele und welche Gruppen die Daten optimal zusammenfassen. Um die optimale Clusterzahl zu bestimmen, erfolgt die Auswertung mithilfe der gängigen Methode über den so genannten inversen Scree-Test. Er erlaubt es festzustellen, bei welchem Fusionierungsschritt ein merklicher Sprung bei der Homogenität auftritt, also eine markante Abweichung von dem Ziel möglichst homogener Gruppen vorliegt.<sup>32</sup>

32 Dabei werden in einem Streudiagramm auf der Abszisse (x-Achse) die Zahl der Cluster und auf der Ordinate (y-Achse) die Verschmelzungsniveaus abgetragen. Letztere sind nichts anderes als die einzelnen Distanzen für die entsprechende Fusionsstufe (das heißt die Fusionskoeffizienten). Die Zahl der Cluster wird danach bestimmt, wo die Kurve eindeutig abknickt, das heißt eine deutliche Veränderung der Homogenität aufweist.

Daraus resultieren die in Tabelle 2 abgetragenen Zuordnungen von Parteien in Gruppen. Bei den Daten zur Bundestagswahl 2013 zeigt sich eine eindeutige Zwei-Lager-Bildung, wobei auch hierin die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und die Piraten in den frühesten Fusionierungsschritten der Analyse als homogene Gruppierung erkannt werden. Dieses Ergebnis ist äußerst robust und unempfindlich gegenüber dem Distanzmaß (City-Block, euklidische Distanz, quadrierte euklidische Distanz) sowie dem Fusionierungsverfahren (Complete-Linkage, Average Linkage und Ward): Die optimale Lösung ist immer die Zwei-Cluster-Lösung.

Anders sieht es für die Daten zur Bundestagswahl 2009 aus. Die Piraten bilden bei der optimalen Lösung zusammen mit der FDP ein drittes Cluster. Ansonsten entsprechen die Gruppierungen den zuvor beschriebenen: SPD, Grüne und Linke sind eine Gruppe, die CDU/CSU bildet ein separates Cluster. Für die Bundestagswahl 2005 (nicht tabelliert) ist dagegen wiederum die Konstellation mit zwei Lagern zu beobachten, allerdings mit nur fünf Parteien (ohne Piraten und AfD). Insgesamt stützen die Befunde aus der Clusteranalyse die Interpretation der deskriptiven Auswertung: Zur Bundestagswahl 2013 bestanden auf der Basis der Positionen der Parteien zwei klare Lager. Ein gewisser Ausnahmestatus kommt im Vergleich eher der Bundestagswahl 2009 zu, bei der diese Struktur etwas aufgeweicht schien.

Im Zuge der Clusteranalyse kann auch die Homogenität der Lager (die gebildeten Cluster) im Hinblick auf bestimmte Variablen (Wahl-O-Mat-Fragen) betrachtet werden.<sup>33</sup> Im linken Lager gibt es immerhin bei acht der 38 Thesen größere Unterschiede als über alle sieben betrachteten Parteien hinweg. Am deutlichsten ist dies bei den folgenden fünf Aussagen: (1) „Deutschland soll aus der NATO austreten“ (Zustimmung bei der Linken, Ablehnung bei SPD, Grünen und Piraten); (2) „Alle Banken in Deutschland sollen verstaatlicht werden“ (Neutral bei der Linken, Ablehnung bei SPD, Grünen und Piraten); (3) „Das gesetzliche Renteneintrittsalter soll wieder gesenkt werden“ (Zustimmung bei der SPD und den Linken, Ablehnung bei den Grünen, Neutral bei den Piraten); (4) „Der Staat soll weiterhin für Religionsgemeinschaften Kirchensteuer erheben“ (Ablehnung bei den Linken und Piraten, Zustimmung bei SPD, Neutral bei den Grünen); (5) „In Deutschland soll ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden“ (Zustimmung bei den Piraten, Ablehnung bei SPD, Neutral bei Grünen und Linken).

Das bürgerliche Cluster ist insgesamt weniger homogen als das linke Cluster, insofern sich dessen Parteien bei 14 von 38 Fragen stärker voneinander unterscheiden, als dies für alle Parteien untereinander der Fall ist. Am stärksten tritt dies bei der These (1) „Deutschland soll den Euro als Währung behalten“ (Zustimmung bei CDU/CSU und FDP, Ablehnung bei der AfD) zu Tage. Die zweitgrößte Abweichung kann bei der Aussage (2) „Der Staat soll im öffentlichen Dienst verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund einstellen“ (Zustimmung bei CDU/CSU und FDP, Neutral bei der AfD) beobachtet werden. Es folgen (3) „Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene“ (Zustimmung bei AfD und FDP, Neutral bei der CDU/CSU, wobei in den Koalitionsverhandlungen die CSU hierfür votierte), (4) „Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll ausgebaut werden“ (Zustimmung bei CDU/CSU, Ablehnung bei der AfD und der FDP) sowie (5) „Finanzstarke

33 Die Homogenität innerhalb eines Clusters lässt sich mit Hilfe des F-Wertes aus einer Varianzanalyse diagnostizieren. Dieser F-Wert setzt die Varianz für jede Variable (das heißt Frage des Wahl-O-Mats) innerhalb eines Clusters in das Verhältnis zur Gesamtvarianz über diese Frage.

Bundesländer sollen schwache Bundesländer weniger unterstützen müssen“ (Zustimmung bei AfD, Ablehnung bei der FDP, Neutral bei der CDU/CSU).

Bei folgenden drei Thesen gibt es im Übrigen keine Differenzen zwischen allen sieben analysierten Parteien: (1) „Alle Kinder sollen ungeachtet ihres kulturellen Hintergrundes gemeinsam unterrichtet werden“ (alle zustimmend); (2) „An allen deutschen Grenzen sollen wieder Einreisekontrollen durchgeführt werden“ (alle ablehnend); (3) „Verfassungswidrige Parteien sollen weiterhin verboten werden dürfen“ (alle zustimmend). Die verfassungsfeindliche NPD (nicht in der Analyse enthalten) unterscheidet sich hier im Übrigen maximal von den sieben oben erwähnten Parteien.

### 3. Räumliche Darstellung per multidimensionaler Skalierung

Um zu ermitteln, welches Gesamtgefüge von Relationen zwischen den Parteien hinter der aufgedeckten einfachen Lager-Struktur liegt, wird das Verfahren der multidimensionalen Skalierung (MDS) angewendet. Es dient dazu, Objekte räumlich darzustellen und so Muster von Ähnlichkeiten und Unterschieden über Distanzen abzubilden. In der Marktforschung, wo die MDS häufiger Anwendung findet, sind übliche Objekte beispielsweise Produkte oder Marken. In Analogie dazu können zum Beispiel Politiker und politische „Angebote“ wie Parteien und deren Programme im Hinblick auf ihre Ähnlichkeiten beziehungsweise Unähnlichkeit untersucht werden. Die Darstellung von Parteien im Wahrnehmungsraum kann offenlegen, wie eine Partei relativ zu ihren Konkurrenten wahrgenommen wird; sie zeigt, welche Parteien womöglich als ähnlich wahrgenommen werden und in engerem Wettbewerb stehen; sie liefert gegebenenfalls Hinweise darauf, wie sich Parteien durch programmatische Änderungen abgrenzen könnten.

Das Ergebnis einer MDS ist eine als Konfiguration bezeichnete räumliche Darstellung<sup>34</sup>, welche die Beziehungen zwischen Objekten über Distanzen danach abbildet, wie ähnlich oder verschieden diese voneinander sind (über die relative Lage zueinander). Sie erlaubt so auf einen Blick, die Gesamtstruktur des Parteiensystems unter Berücksichtigung all der einzelnen Unterschiede, die oben beschrieben wurden, zu erfassen. Die räumliche Entfernung der so abgebildeten Objekte zueinander soll bei der resultierenden Konfiguration möglichst nahe und konsistent die relativen Ähnlichkeiten beziehungsweise Unähnlichkeiten zwischen ihnen repräsentieren. Dies geschieht über ein iteratives Verfahren so lange, bis eine stabile Lösung erreicht ist. Das Kriterium für die Lösung ist die Minimierung des so genannten Stress-Werts, der ausdrückt, wie stark die resultierenden räumlichen Distanzen untereinander von den Unähnlichkeiten in den Ausgangsunterschieden abweichen, wie gut also die räumlichen Distanzen zu den Ähnlichkeiten zwischen den Objekten passen.<sup>35</sup>

34 Die Anzahl der Dimensionen (höchstens die Anzahl der Objekte minus eins) ist ebenso wie die Metrik vorher festzulegen. Neben der Güte der Modellpassung ist dabei die Interpretierbarkeit ein entscheidendes Kriterium für die Anzahl der Dimensionen in der finalen Lösung.

35 Vgl. Klaus Backhaus / Bernd Erichson / Rolf Weiber, Fortgeschrittene multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung, Berlin 2010; Michael C. Hout / Megan H. Papesh / Stephen D. Goldinger, Multidimensional Scaling, in: Wiley Interdisciplinary Reviews: Cognitive Science, 4. Jg. (2013), H. 1, S. 93 – 103; Joseph B. Kruskal / Myron Wish, Multidimensional Scaling, Beverly Hills 1978; George B. Rabinowitz, An Introduction to Nonmetric Multidimensional Scaling, in: American Journal of Political Science, 19. Jg. (1975), H. 2, S. 343 – 390.

Bei der endgültigen Darstellung sind nicht die absoluten Positionen relevant, sondern allein die relativen Distanzen der Objekte. Darüber lassen sich gehaltvolle Aussagen machen, zum Beispiel in der Form „Partei A ist x Mal so weit von Partei B entfernt wie von Partei C“. <sup>36</sup> Die MDS liefert somit ein Mehr an Informationen gegenüber einer Gruppeneinteilung der Parteien: Die relativen Distanzen aller Objekte untereinander können veranschaulicht und interpretiert werden. Dies ist auch methodologisch insofern von Bedeutung, als (euklidische) Distanzmodelle gut die Konsequenzen (zum Beispiel in Form von Parteienbewertungen) von Policy-Positionen/Präferenzen abzubilden vermögen. <sup>37</sup>

Darüber hinaus können aus der resultierenden Konfiguration gegebenenfalls zugrunde liegende Dimensionen herausgelesen werden. Bei der Wahrnehmung von Politikern könnte das beispielsweise heißen, dass sie von Personen im Hinblick auf verschiedene Dimensionen beurteilt werden, etwa Verlässlichkeit, Durchsetzungsfähigkeit oder Ehrlichkeit. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass die Thesen des Wahl-O-Mats nicht a priori mit einer bestimmten Richtung (auf einer Dimension wie beispielsweise einer wirtschaftspolitischen Links-Rechts-Achse) versehen sind und zudem unterschiedliche Aussagen abhängig vom Wahltermin in die Analyse eingehen. Es gilt jedoch auch, dass die MDS als strukturiert identifizierende Methode kein Vorwissen über die eingehenden Eigenschaften hinsichtlich zugrunde liegender Dimensionen benötigt, um Objekte anzuordnen. Stattdessen werden durch die MDS systematische Relationen entlang von Dimensionen erst aus den Daten erzeugt. Das breite Spektrum politischer Sachfragen des Wahl-O-Mats kann insofern ein umfassendes Bild der Ähnlichkeiten von Parteien liefern, ohne dass die Dimensionen in seinen Thesen vorausgesetzt werden müssen.

Dabei kann überdies die Variation des Wahl-O-Mats zwischen Wahlterminen als möglicher Vorteil gewertet werden. Die Annahme, dass gerade nicht zu jedem Wahltermin dieselben Themen von Belang sind, sondern neue auftauchen, und andere verschwinden, ist durchaus plausibel. Sofern also der Wahl-O-Mat die wesentlichen Themen über ein breites Spektrum erfasst, dürfte die MDS die relevanten Strukturen von Ähnlichkeiten zu den jeweiligen Wahlterminen abbilden. Demnach stellt eine MDS auf der Basis des Wahl-O-Mats den Wahrnehmungsraum der Parteien dar, wie er sich aus deren eigenen Positionierungen zu den Sachfragen ergibt.

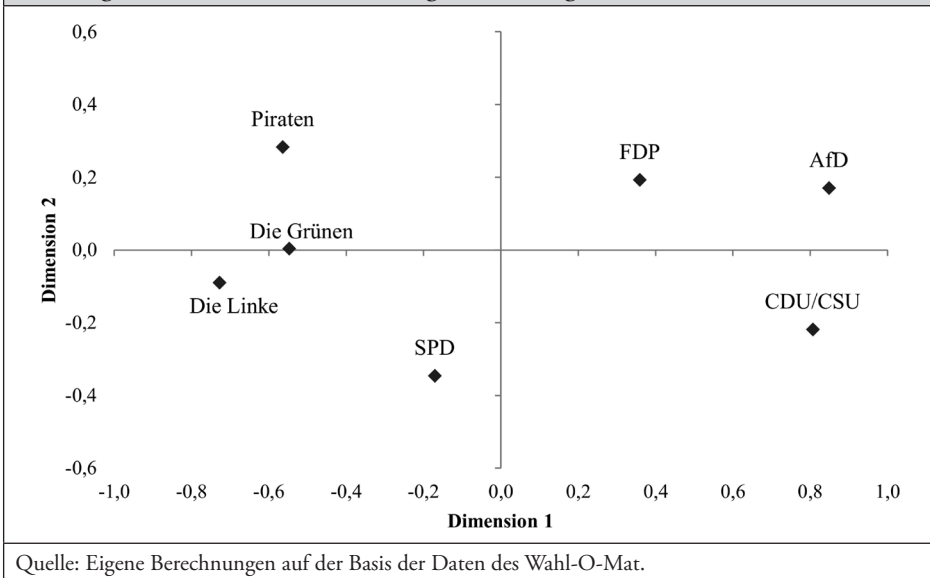
Die entsprechenden Wahrnehmungsräume zu den Bundestagswahlen 2013, 2009 und 2005 liefern die Konfigurationen aus Abbildung 1 bis Abbildung 3. <sup>38</sup> In der relationalen Struktur der Objekte ist zu allen drei Wahlterminen das Lager linker Parteien klar erkennbar. Eindeutige Dimensionen wie die gängigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Achsen lassen sich jedoch nur ansatzweise herauslesen. Im Schaubild zum jüngsten Wahl-

36 Vgl. *Michael C. Hout | Megan H. Papesh | Stephen D. Goldinger*, a.a.O. (Fn. 35), S. 97.

37 Vgl. *André Blais | Richard Nadeau | Elisabeth Gidengil | Neil Nevitte*, The Formation of Party Preferences: Testing the Proximity and Directional Models, in: *European Journal of Political Research*, 40. Jg. (2001), H. 1, S. 81 – 91; *Michael Herrmann*, Räumliche Modelle der Parteienbewertung, Mannheim 2005 (Mannheimer sozialwissenschaftliche Abschlussarbeiten, Nr. 001); *Anders Westholm*, Distance versus Direction: The Illusory Defeat of the Proximity Theory of Electoral Choice, in: *The American Political Science Review*, 91. Jg. (1997), H. 4, S. 865 – 883.

38 Alle Thesen des Wahl-O-Mats werden gleich gewichtet, da keine Vorannahmen über die richtige Gewichtung getroffen werden können. Zur Veranschaulichung wird ein zweidimensionaler Objektraum vorgezogen, wenngleich mehr Dimensionen eine rechnerisch exaktere, jedoch schwierigere zu interpretierende Lösung bieten (siehe unten).

Abbildung 1: Zweidimensionale Darstellung zur Bundestagswahl 2013



termin von 2013 (Abbildung 1) spiegelt Dimension 1 annähernd eine wirtschaftspolitische Links-Rechts-Dimension wider.

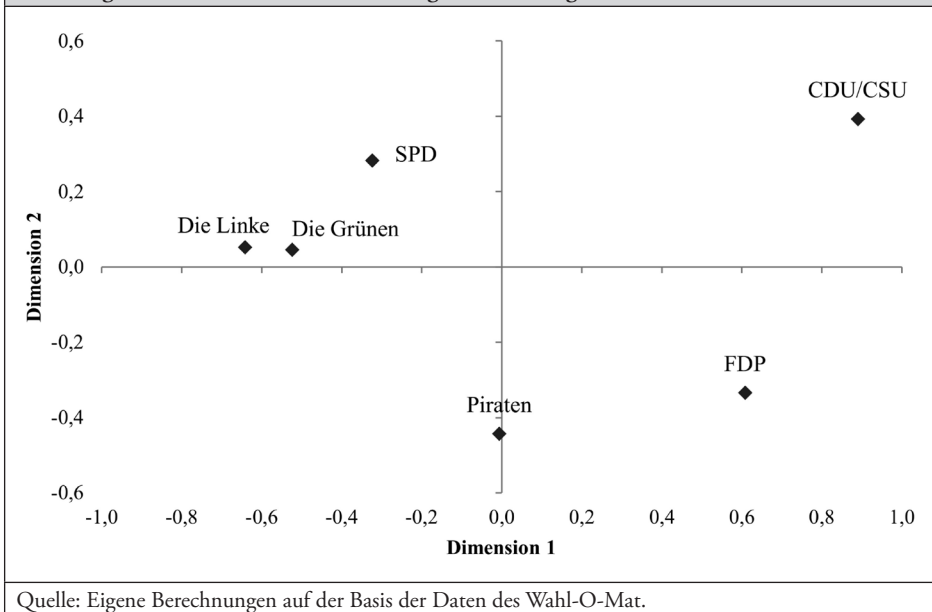
Eine inhaltliche Validierung dieser Interpretation ist dadurch zu erreichen, dass die Ausprägungen der Sachfragen/Thesen mit den Positionen (Koordinaten) der Parteien auf den beiden Dimensionen im Schaubild korreliert werden (Rangkorrelation nach Spearman).<sup>39</sup> Tatsächlich sind es wirtschaftspolitische Fragen wie Mindestlohn, Subventionen oder Spitzensteuer, mit denen besonders diese erste Dimension zusammenhängt. Dies gilt für 2013 ebenso wie für die anderen Wahltermine.

Allerdings ist die horizontale Dimension auch mit einigen gesellschaftspolitisch konnotierten Items, etwa dem gemeinsamem Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Partnerschaften oder der Rezeptpflicht für die „Pille danach“, assoziiert. Dies könnte erklären, weshalb die FDP so deutlich links von der Union in den Schaubildern liegt, obwohl sie bei einigen Präferenzmessungen wirtschaftspolitisch eher weiter rechts verortet wird.<sup>40</sup> Ein Kontinuum auf einer gesellschaftspolitischen Achse wird damit auch weniger durch die zweite Dimension im Schaubild repräsentiert. Die Themen, mit denen die zweite Dimension am stärksten korreliert, sind recht spezifisch: Die Befürwortung von Volksentscheiden auf Bundesebene und die Ablehnung der Speicherung von Kommunikationsdaten sowie der Videoüberwachung ergeben höhere Werte der Parteien auf dieser Dimension. Angesichts der gesellschaftspolitisch liberalen Positionen der FDP sowie der Parteien links im Schaubild ist vielmehr ein Gefälle zunehmend liberaler Positionen in gesellschaftspolitischen Fragen

39 Vgl. *Joseph B. Kruskal / Myron Wish*, a.a.O. (Fn. 35).

40 Vgl. zum Beispiel *Kenneth Benoit / Thomas Bräuninger / Marc Debus*, Challenges for Estimating Policy Preferences: Announcing an Open Access Archive of Political Documents, in: *German Politics*, 18. Jg. (2009), H. 3, S. 441 – 454.

Abbildung 2: Zweidimensionale Darstellung zur Bundestagswahl 2009



herauszulesen, das in etwa auf einer Diagonalen von rechts unten nach links oben verläuft.<sup>41</sup>

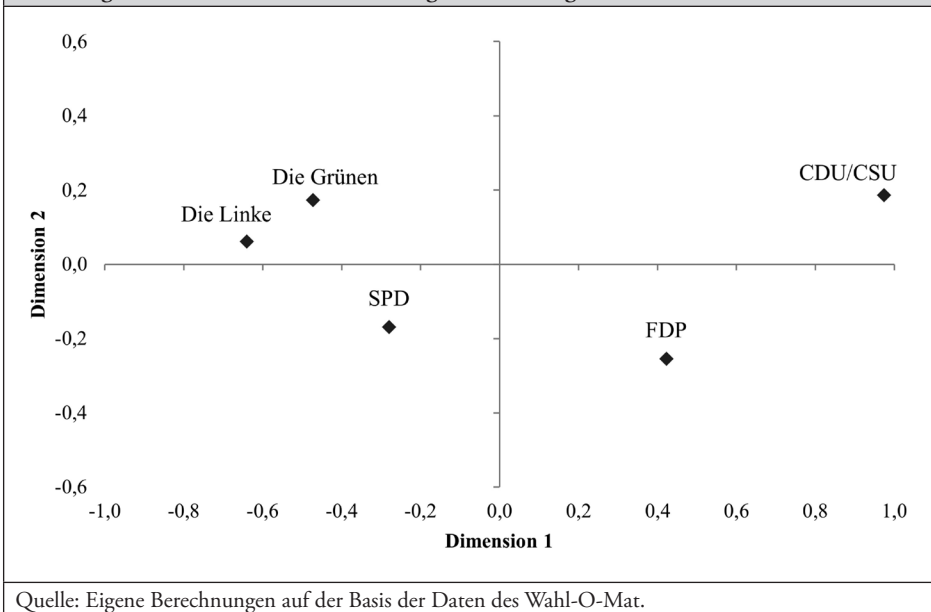
Zur Wahl im Jahr 2009 (Abbildung 2) hingegen fängt die zweite Dimension gesellschaftspolitische Gegensätze besser auf. Dies ist zum einen an der Positionierung der Parteien zueinander von oben nach unten abzulesen. Zum anderen sind es auch deutlich gesellschaftspolitische Fragen, die die zweite Dimension am stärksten bestimmen: Christliche Werte, die Befürwortung eines Sprachtests für Schulkinder und die Zustimmung zur Wehrpflicht sind vor allem positiv mit dieser Dimension korreliert.

Für die Wahl 2005 (Abbildung 3) wiederum ist eine gesellschaftspolitische Achse, die in ähnlicher Form eine Anordnung von der Union über die SPD zu den Parteien liberaleren Haltungen (FDP, Grüne und Linke) anzeigt, nicht erkennbar. Bei der Auswertung zu dieser Wahl repräsentieren höhere Werte auf Dimension 2 die Zustimmung zu Dosenpfand, zur Besteuerung von Deutschen im Ausland, zur Veröffentlichung von Nebeneinkünften der Abgeordneten und zu Sprachtests für Schulkinder. Damit scheint diese Dimension am ehesten so etwas wie negative Freiheit, die Freiheit von Zwängen, abzubilden.

Die inhaltliche Interpretation der zweiten Dimension ist damit bestenfalls tentativ möglich. Zudem dürfte deutlich geworden sein, dass diese nicht über die oben anstehenden Schaubilder hinweg vergleichbar ist. Immerhin aber scheint Dimension 1 konsistent über

41 Dies verhält sich im Übrigen konsistent dazu, dass die gesellschaftspolitische und die wirtschaftspolitische Dimension nicht unabhängig voneinander sind und daher nicht orthogonal zueinander stehen; siehe *Kenneth Benoit / Michael Laver, Party Policy in Modern Democracies*, London / New York 2006, S. 129; *John T. Jost / Christopher M. Federico / Jaime L. Napier, Political Ideology: Its Structure, Functions, and Elective Affinities*, in: *Annual Review of Psychology*, 60. Jg. (2009), H. 1, S. 307 – 337, S. 313 – 315.

Abbildung 3: Zweidimensionale Darstellung zur Bundestageswahl 2005



alle drei Wahlen in etwa die klassische sozioökonomische Konfliktlinie im Parteiensystem abzubilden. Dafür spricht auch, dass von dieser Dimension die größte Streuung eingefangen wird (die entsprechende Rotation nimmt die MDS vor) – was inhaltlich damit im Einklang steht, dass die ökonomische Achse als die wichtigste angesehen wird.

Mehr Aufschluss als die Interpretation der Dimensionen bietet die Betrachtung der relativen Distanzen zwischen den Parteien. So lag etwa die SPD durchweg, vor allem aber in den Jahren 2005 und 2009, relativ zu den anderen Parteien sehr nahe an den Grünen und der Linkspartei. Sie befand sich damit nicht nur merklich näher an diesen Parteien als an der Union. In den Schaubildern für die Wahlen von 2005 und 2009 lag sie auch näher bei den anderen Parteien im linken Spektrum als die Union an der FDP. Nur bei der Wahl 2013 war die FDP relativ gesehen der Union näher, während die SPD im Vergleich etwas weiter abseits von den anderen Parteien des linken Lagers positioniert war – und relativ näher an der Union. Die Befunde aus der MDS deuten am ehesten für die Wahl 2013 auf eine relative Annäherung der beiden Volksparteien hin. Es lässt sich aber aus dem Schaubild zu dieser Wahl auch klar die gegensätzliche Gruppierung der Parteien in zwei Lager herauslesen, wie sie auch die Clusteranalyse ergeben hat. Die beiden Volksparteien liegen in dieser wie auch den anderen beiden Darstellungen mindestens eine Einheit voneinander entfernt. Dies entspricht in jeder Darstellung einem Vielfachen der Distanz der SPD zu den Grünen wie auch zur Linken. Die Vorstellung von Union und SPD als Catch-All-Parties, die dezidiert in die politische Mitte rücken, ist an den Daten nicht festzumachen.

Demnach wäre auf der Basis dieser Auswertungsergebnisse davon auszugehen, dass Koalitionen im linken Spektrum programmatisch ebenso – oder noch eher – gangbar sind wie zwischen Union und FDP. Insbesondere Bündnis 90/Die Grünen und die Linke sind pro-

grammatisch relativ gesehen kaum auseinanderzuhalten und liegen zudem nahe bei der SPD. Auch die Piraten befinden sich zur Bundestagswahl nahe im Umkreis jener beiden Parteien. Die Piraten haben allerdings, wie die Schaubilder im Vergleich illustrieren, 2013 eine ganz andere Position im Parteiengefüge inne als noch zur vorangehenden Wahl. Im Jahr 2009 nahmen sie noch eine Randposition ein und grenzten sich vom linken Lager deutlich ab, während sie 2013 augenfällig in die Gruppierung ökonomisch linker und zugleich gesellschaftspolitisch liberaler Parteien fallen.

Insofern schienen die Piraten nicht mehr im selben Maß eine inhaltliche Erweiterung des Parteienspektrums zu bieten wie 2009 – was auch deren schwaches Abschneiden bei der letzten Wahl 2013 erklären könnte. Ähnlich fällt die Position der AfD mehr durch ihre große Nähe zur Union bei gleichzeitiger Ferne zum linken Lager auf, als dass sie in irgendeiner Form eine randständige Stellung einnähme. Beide Parteien, Piraten und AfD, lassen sich also trotz ihrer eigenen Aussagen, jenseits von links und rechts zu stehen, in den beiden Lagern verorten. Interessant ist dabei im Übrigen, dass sich die AfD von der Union in Richtung der FDP absetzt. Dies spricht dafür, dass es sich bei ihr um eine Partei handelt, die einerseits politisch rechts verortet ist, andererseits aber zugleich einige ordnungspolitisch liberale Züge aufweist.

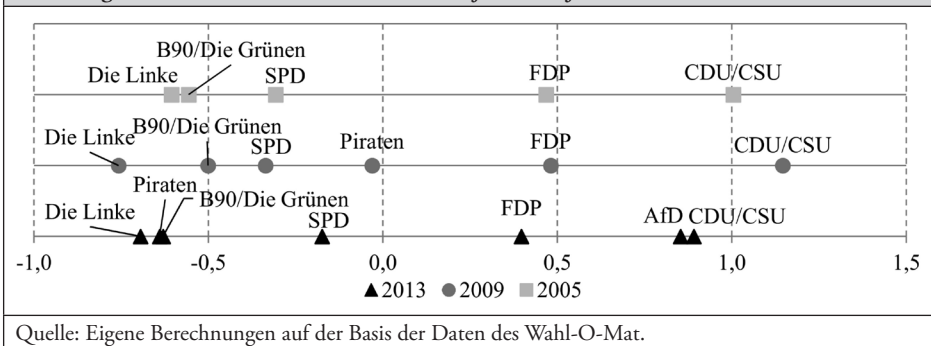
Wie ist die Güte der berechneten Konfigurationen zu beurteilen? Die Stress-1-Maße der MDS, die die Güte der Datenverdichtung angeben, liegen für alle drei Wahltermine deutlich unter 0,1 und sind somit zufriedenstellend. Die Stress-Werte für Lösungen mit mehr als zwei Dimensionen (Scree Plots bei Anwendung des Elbow-Kriteriums) sprechen für die Angemessenheit der zweidimensionalen räumlichen Darstellung bei den Daten zur Wahl von 2009. Für die Jahre 2005 und 2013 würde jedoch eine Lösung mit drei Dimensionen eine bessere Verdichtung der Daten (mit weniger Informationsverlust) erbringen. Die Interpretation ist bei drei Dimensionen allerdings schwierig, wenn die statistisch generierten Dimensionen nicht direkt mit inhaltlichen Dimensionen in Verbindung gebracht werden können. So fügt auch eine dreidimensionale Darstellung den Parteienrelationen wenig an Klarheit hinzu. Beispielsweise bildet für das Jahr 2013 die erste Dimension die wirtschaftliche Achse ab, die zweite etwas deutlicher die gesellschaftspolitische Achse, auf der dritten Dimension stehen sich jedoch die Linke und die Grünen als zwei Pole gegenüber, während die Linke auf dieser Dimension der Union am nächsten ist.

In der Praxis werden die Parteien häufig womöglich nicht einmal nach zwei Dimensionen differenziert wahrgenommen. In der Literatur hält sich die Vorstellung einer allgemeinen Links-Rechts-Dimension als brauchbare Einteilung und Orientierungshilfe sowie als gängige Heuristik für die Bürger.<sup>42</sup> Dabei spiegelt die übergeordnete politische Links-Rechts-Achse zugleich die zwei Konzepte Wandel (links) vs. Stabilität (rechts) sowie Gleichheit (links) vs. Ungleichheit (rechts) wider.<sup>43</sup> Wie die Aufreihung der Parteien auf einer einzigen Achse beim Wahl-O-Mat aussieht, lässt sich in Form einer Projektion der Parteipo-

42 Vgl. *Piorgio Corbetta / Nicoletta Cavazza / Michele Roccato*, Between Ideology and Social Representations: Four Theses Plus (a New) One on the Relevance and the Meaning of the Political Left and Right, in: *European Journal of Political Research*, 48. Jg. (2009), H. 5, S. 622 – 641; *Elizabeth Zechmeister*, What's Left and Who's Right? A Q-Method Study of Individual and Contextual Influences on the Meaning of Ideological Labels, in: *Political Behavior*, 28. Jg. (2006), H. 2, S. 151 – 173.

43 Vgl. *John T. Jost / Christopher M. Federico / Jaime L. Napier*, a.a.O. (Fn. 41), S. 310 – 311.

Abbildung 4: Ähnlichkeiten der Parteien bei Projektion auf eine Dimension (2005 bis 2013)



sitionen auf eine Dimension mittels MDS herausfinden. Das Ergebnis ist in Abbildung 4 dargestellt. Natürlich gehen dadurch einerseits Informationen verloren, andererseits zeigt sich über die drei Wahltermine hinweg ein recht konsistentes Bild (die Stress-I-Werte sind mitunter immer noch akzeptabel und liegen unter 0,1). Die Proportionen der Abstände von der Union zur FDP, zur SPD sowie zu Grünen und Linken sind von Jahr zu Jahr ähnlich.

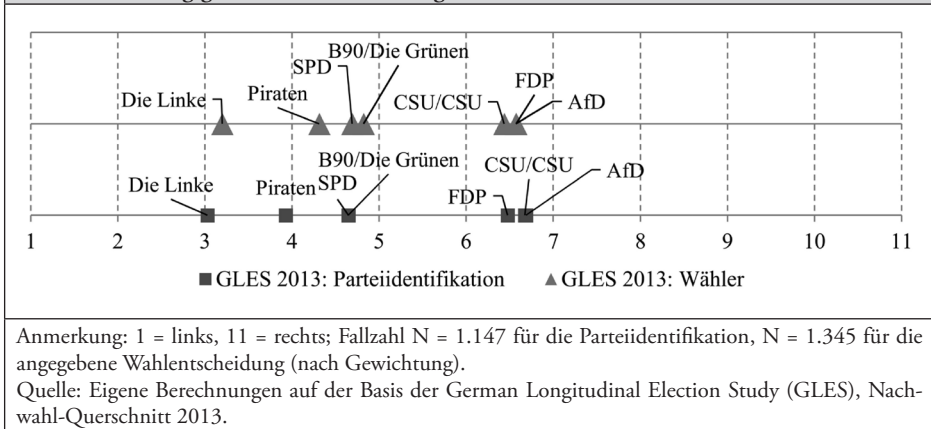
Die Darstellung auf einer einzigen globalen Links-Rechts-Dimension erlaubt eine einfache Interpretation der relativen Abstände im Zeitvergleich. Drei Einsichten lassen sich dabei noch klarer als oben festhalten. Erstens: Befindet sich die SPD 2009 noch auffällig nah an der Linken und den Grünen, so rückt sie zur Bundestagswahl 2013 stärker an die vorangehenden Regierungsparteien Union und FDP heran. Zweitens sind umgekehrt die Piraten 2013 deutlich nach links gerückt und haben dabei die SPD übersprungen. Die neu hinzugekommene AfD liegt 2013 etwa so nahe an der CDU/CSU im rechten Bereich der Dimension, wie die drei Parteien Linke, Grüne, Piraten im entgegengesetzten Bereich des Spektrums zueinander stehen. SPD und FDP positionieren sich in einiger Distanz zu den Gruppierungen, bleiben aber weiterhin jeweils dem linken beziehungsweise bürgerlichen Spektrum zugeordnet.

Diese Darstellung für 2013 korrespondiert zudem stark mit der politischen Selbstpositionierung der Parteianhänger und Wähler auf einer Links-Rechts-Achse, die Abbildung 5 auf der Basis der Nachwahldaten der German Longitudinal Election Study zur Bundestagswahl 2013 zeigt.<sup>44</sup> Zwar ergeben sich auch zwei markante Unterschiede: Erstens werden die Linke, die Grünen und die Piraten vom Wahl-O-Mat im Vergleich wesentlich weniger differenziert; zweitens liegen die Wähler und Anhänger von Union und FDP deutlich näher beieinander, als die inhaltliche Profilierung der Parteien gemäß den Wahl-O-Mat-Daten suggeriert. Doch das linke und das bürgerliche Lager sind auch gemessen an der Selbsteinstufung der Bürger – egal ob Wähler oder Anhänger – klar unterscheidbar, wobei die Wähler/Anhänger der bürgerlichen Parteien dichter beieinander liegen und damit homogener erscheinen.<sup>45</sup> Insgesamt zeigt sich, dass die meisten Menschen die Links-Rechts-Dimension

44 Vgl. Hans Rattner / Sigrid Roßteutscher / Rüdiger Schmitt-Beck / Bernhard Wefels / Christof Wolf, Pre- and Post-Election Cross Section (Cumulation) (GLES 2013), Köln 2014.

45 Die Mittelwerte der Links-Rechts-Selbsteinstufung nach Wahlentscheidung sind zwischen Union und AfD sowie zwischen Union und FDP auf 95 Prozent-Signifikanzniveau nicht statistisch signifikant verschieden.

Abbildung 5: Politische Selbsteinstufung einer Links-Rechts-Skala nach Parteiidentifikation und angegebener Wahlentscheidung



kognitiv verinnerlicht haben.<sup>46</sup> Diese Achse stellt weiterhin – aufgrund des einfachen, anti-tetisch binären Codes – ein leistungsfähiges Konzept dar, selbst wenn es weitere relevante Politikdimensionen und Cleavages gibt.<sup>47</sup>

#### 4. Stellt der Wahl-O-Mat die richtigen Fragen?

In der Politikwissenschaft werden die wichtigsten Trennlinien zwischen linken und rechten Parteien bei Fragen des Arbeitsmarktes, der Steuer- und Sozialpolitik sowie der gesellschaftlichen Toleranz gesehen. Ähnlich hat die Forschungsgruppe Wahlen im Vorfeld der Wahlen 2013 als die drei wichtigsten Themen (1) die Arbeitslosigkeit, jedoch mit niedrigerem Gewicht als in den Vorjahren, (2) die Euro- und Schuldenkrise sowie (3) die Renten- und Alterssicherung erkannt. Diese Probleme sind für 63 Prozent der Bevölkerung die wichtigsten. Der Bedeutung dieser Politikbereiche wird der Wahl-O-Mat (2013) nicht gerecht, da er von 38 Fragen nur neun (= 23 Prozent), zu diesen Themen enthält. Insofern kann dem Wahl-O-Mat vorgeworfen werden, dass er gesellschaftlich weniger relevante Materien über Gebühr präsentiert.

Mitunter werden im Wahl-O-Mat auch Aussagen zu Fragen formuliert, die nicht auf Bundesebene entschieden werden, zum Beispiel ob finanzstarke Bundesländer schwache Bundesländer weniger unterstützen sollen. Außerdem wird dort Differenz erzeugt, wo nur

<sup>46</sup> Vgl. Dieter Fuchs / Hans-Dieter Klingemann, The Left-Right Schema, in: Kent Jennings / Jan W. van Deth (Hrsg.), Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin 1990, S. 203 – 234; William G. Jacoby, Ideological Identification and Issue Attitudes, in: American Journal of Political Science, 35. Jg. (1991), H. 1, S. 178 – 205; Klaus von Beyme, Parteien in westlichen Demokratien, München 1984.

<sup>47</sup> Vgl. Norberto Bobbio, a.a.O. (Fn. 27); Ronald Inglehart, The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton 1977; Paul V. Warwick, Toward a Common Dimensionality in West European Policy Spaces, in: Party Politics, 8. Jg. (2002), H. 1, S. 101 – 122.

geringe Unterschiede bestehen, wie etwa bei der Frage, ob ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden soll. So befürwortet die Union als Alternative einen Mindestlohn für einzelne Branchen. Dieser in den Koalitionsverhandlungen wohl strittigste Punkt ist damit praktisch keine Frage mit einer besonders großen Differenz gewesen. Solche semantischen Spielräume, die an die Thesen des Wahl-O-Mats geknüpft sind, könnten bereits bei der Erstellung seiner Datengrundlage wirksam werden. Da es die Parteien sind, die sich zu den Thesen positionieren, könnten diese strategisch beispielsweise „neutral“ angeben, wo auch eine andere Reaktion möglich wäre. So könnten die eher groben und klaren Abstufungen in drei Antwortkategorien doch wieder verwischt werden. Allgemein und bei einigen Fragen im Speziellen könnte – nicht zuletzt aus statistischer Perspektive – eine Fünfer-Skala besser geeignet sein.

Welche Sachfragen beziehungsweise mit welchem Gewicht diese in die Analyse eingehen, ist entscheidend für die Ergebnisse: Wie die Studie von *Walgrave* u. a. zeigt, kann die Auswahl der Sachfragen einer Voting Advice Application die Wahlempfehlung erheblich beeinflussen.<sup>48</sup> Ebenso dürfte die Auswahl der Sachfragen für die berechneten Parteipositionen/-relationen ausschlaggebend sein. Somit sind die weiter oben aufgeführten Befunde unter einem gewissen Vorbehalt zu lesen. Zwar lassen die Items des Wahl-O-Mat beispielsweise im linken Lager hohe Ähnlichkeiten vermuten, in erster Linie zwischen den Grünen und der Linken. Dies könnte einerseits tatsächlichen programmatischen Ähnlichkeiten (bei Gleichgewichtung der Thesen in der Analyse) geschuldet sein. Andererseits ist ebenso denkbar, dass die Auswahl der Thesen des Wahl-O-Mats womöglich im linken Spektrum zu wenig differenziert. Allerdings stellt sich dann die Frage, weshalb dies über die vergangenen drei Wahlzeitpunkte hinweg in gleichem Maße zuträfe, ändern sich doch die Themen von einer Wahl zur nächsten.

Dieser Sachverhalt steht überdies dem Ziel der diachronen Vergleichbarkeit entgegen, die bei anderen Messungen von Parteipositionen wie dem Comparative Manifesto Project (über gleichbleibende Sachfragen) oder bei Wordscore (durch „Verankerung“ in einem Wahlzeitpunkt als Referenz) immerhin grundsätzlich erreicht werden kann. Allerdings wird dies von den Protagonisten des Wahl-O-Mats so auch nicht angestrebt. Sie wollen vielmehr vorrangig die zu einer Wahl aktuellen Themen aufgreifen, was auch dem Anspruch politischer Bildung und Orientierung bei der Wahlentscheidung sicherlich eher gerecht wird. Für den Zweck der Bestimmung von Parteipositionen und -relationen wäre es jedoch erforderlich, zumindest Angaben über eine allgemeine Wichtigkeit der einzelnen Sachfragen zu haben. So erhielte man ein zutreffenderes Bild des Parteiensystems (zumindest im Hinblick auf relative Distanzen zwischen den Parteien) zu einem Wahlzeitpunkt.

##### 5. Deutliche Beständigkeit der Lagerstruktur

Zu folgern bleibt nach der Auswertung der im Wahl-O-Mat enthaltenen Informationen folgendes: Plurale Fassungen einer Einheitspartei, wie *Johannes Agnoli*, einer der einflussreichsten Theoretiker der politischen Linken, behauptete, sind die Parlamentsparteien und ihre wichtigsten Konkurrenten jedenfalls nicht. Die Bürger haben Alternativen. In der

48 Vgl. *Stefaan Walgrave / Michiel Nuytemans / Koen Pepermans*, Voting Aid Applications and the Effect of Statement Selection, in: *West European Politics*, 32. Jg. (2009), H. 6, S. 1161 – 1180.

Bundesrepublik Deutschland sind zwei programmatisch unterschiedliche politische Lager auszumachen – das homogenere linke Lager mit Bündnis 90/Die Grünen, Linke und SPD sowie ein etwas heterogeneres bürgerliches Lager mit CDU/CSU, FDP und AfD. Kohärente gegensätzliche Positionierungen sind damit klar gegeben. Da sich die Piraten und die AfD recht klar in das linke beziehungsweise bürgerliche Lager einfügen, ist trotz des Auftretens dieser Parteien keine bedeutende inhaltliche Spreizung des bundesdeutschen Parteiensystems entstanden. Überraschend ist überdies die den Wahl-O-Mat-Daten zufolge große programmatische Ähnlichkeit zwischen Linken und Grünen, die sich zudem eher noch weiter annähern. Insgesamt sind diese zwei Lager zueinander wie hinsichtlich ihrer inneren Heterogenität über die vergangenen drei Bundestagswahlen hinweg äußerst stabil. Die Piraten sind die einzige Partei, die einen programmatischen Wandel von einem Profil, das sie mehr abseits der beiden Lager und eher mittig verortet, hin zu einer deutlich linken Programmatik vollzogen hat. Wie die Clusteranalyse nahelegt und die Multidimensionale Skalierung verdeutlicht, standen die Piraten noch 2009 etwas abseits von beiden Lagern und zeigten die größte Nähe zur FDP; 2013 sind sie jedoch klar im Umkreis von Linken und Bündnis 90/Die Grünen angesiedelt.

Der Wahl-O-Mat ist zwar in erster Linie dazu gedacht, die Nähe des Wählers zu Parteien zu bestimmen; das Thesenspektrum mag nicht die zentralen gesellschaftlichen Anliegen abbilden, und bei der Extraktion der Parteipositionen steht keine plausible Gewichtung der Thesen zur Verfügung, die dies kompensieren würde. Doch im Ganzen gesehen liefern die Daten hinter dem Wahl-O-Mat ein konsistentes Bild des deutschen Parteiensystems. Das veranschaulicht insbesondere die Extraktion der Parteipositionen bei Darstellung auf einer einzelnen Links-Rechts-Achse. Obwohl die Sachaussagen des Wahl-O-Mats jeweils lediglich drei Abstufungen aufweisen, kann aus der Vielzahl dieser Thesen eine differenziertere Struktur des Parteiensystems gewonnen werden. Im Zuge dessen kann zumindest eine politische Dimension erzeugt werden, die in etwa die wirtschaftspolitische Achse wiedergibt, während eine gesellschaftspolitische Achse zumindest aus der Anordnung der Parteien – für das Jahr 2009 sogar annähernd direkt als die zweite Dimension der räumlichen Darstellung – herausgelesen werden kann.

Der Wahl-O-Mat stellt sich insofern als vielversprechende weitere Möglichkeit der – zudem zeitnahen – Positionsbestimmung von Parteien zu Wahlen dar. Womöglich ließe sich für eine Verfeinerung der Anwendung und Daten eine gehaltvolle Gewichtung der Sachfragen finden, wodurch eine bessere Differenzierung im linken Lager erreicht werden könnte. Dafür müssten nach der Entstehungslogik der Wahl-O-Mat-Daten aber die Parteien selbst angeben, wie zentral für sie bestimmte Themen und Thesen sind. Dies geschieht beispielsweise beim österreichischen Pendant [wahlkabine.at](http://wahlkabine.at), das neben den Aussagen der Parteien zu den politischen Sachfragen auch deren Wichtigkeitsbewertungen enthält. Damit wird der Erkenntnis Rechnung getragen, dass die individuelle und öffentliche Wahrnehmung der Ähnlichkeiten von Parteien auch von anderen Faktoren jenseits „objektiv“-programmatischer Gesichtspunkte bestimmt wird – vergleichbar etwa der Tatsache, dass in TV-Duellen bekanntlich Inhalte nur zum Teil über die Kandidatenbewertung entscheiden.